Zu wenig Zeit: Klütz klagt gegen Fusion mit Boltenhagen

Jetzt wehrt sich das Amt Klützer Winkel gegen die Anordnung des Innenministeriums. Gestern wurde die Klage gegen die Zusammenlegung der Verwaltungen eingereicht.

Von Franz Bökelmann

Klütz – Das Amt Klützer Winkel hat gestern Abend eine Klage gegen das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern beim Oberverwaltungsgericht in Greifswald eingereicht. Gründe: zu wenig Zeit, kein Geld für die Fusion mit Boltenhagen.

Die Behörde wehrt sich gegen die vom Ministerium angeordnete und zum 1. Juli geplante Zusammenlegung mit der Verwaltung des Ostseebades. In der Klageschrift heißt es: Das Amt „hält es für unmöglich, ab dem 1. Juli die obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen zur Führung einer ordnungsgemäßen, öffentlichen Verwaltung wahrzunehmen." Das bedeutet: Das Amt Klützer Winkel sieht sich nicht in der Lage, die Fusion so schnell durchzuführen.

Zu viele Fragen seien völlig ungeklärt, erklärt Amtsvorsteher Dietrich Neick. Bei einer Fusion mit der bisher amtsfreien Gemeinde Boltenhagen müsste Klütz zehn Verwaltungsbeamte übernehmen, dafür die Büros umbauen und das Computersystem vereinheitlichen.



„Die Kostenfrage ist ungeklärt. Ein gewisses Risiko sind wir bereit einzugehen, aber dieses Risiko ist zu groß."

Amtsvorsteher Dietrich Neick



„Wir haben im Amtsausschuss festgelegt, keine zusätzlichen Kosten zu übernehmen."

Amtsausschussmitglied Dieter Fischer

Kostenpunkt: rund 618 000 Euro. Bisher gebe es lediglich eine pauschale Zusage, dass zusätzliche Kosten, die durch eine Ämterzusammenlegung entstünden, vom Land gedeckt werden. „Wir haben also nichts schriftlich", erklärt Neick.

Zweites Problem: die Zeit. Die wenigen Tage bis zur geplanten Ämterzusammenlegung reichten „keinesfalls" aus. „Allein die Baugenehmigungen für den notwendigen Umbau der Büros könnten drei Monate Zeit benötigen", so Neick. Momentan gebe es nur Ungewissheiten und unter diesen Bedingungen sei eine Zusammenlegung nicht denkbar, ergänzt der Amtsvorsteher.

Auch müsse die Kostenfrage eindeutig geklärt werden. Das Amt Klützer Winkel könne sich eine Zusammenlegung derzeit „absolut nicht" leisten, weil das Geld nicht reiche. „Ein gewisses Risiko sind wir bereit einzugehen, aber dieses Risiko ist zu groß", sagt Neick. Er will die bestehenden Gemeinden des Amtes Klützer Winkel vor finanziellen Auswirkungen schützen. Eine Klage sei daher notwendig gewesen. Der das Verfahren einleitende Antrag des Amtes soll eine mögliche Ämterfusion um drei Monate hinauszögern. Die Zusammenlegung sei demnach im September durchzuführen. „Auch das ist nicht so viel Zeit", betont Neick.

Bisher sei das Amt schon in Vorplanung gegangen. So habe man Konzepte für eine neue Personalaufstellung in Auftrag gegeben. „Dabei sind wir in Vorleistung gegangen, das können wir weiterhin aber nicht mehr tun", erklärt der Amtsvorsteher. Gestern Abend wollten sich Vertreter des Amtes Klützer Winkel mit Gemeindevertretern aus Boltenhagen treffen, um über die Situation zu beraten.

Die Klage des Amtes Klützer Winkel ist nicht die erste: Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen hat vor mehreren Wochen ein Normenkontrollverfahren beim Oberverwaltungsgericht angestrengt – Bürgermeister Olaf Claus hat diese Klage genutzt, um sie mit seiner eigenen (als Privatperson) zu verbinden. Ein Urteil ist für diese Woche angekündigt. Wann es eine Entscheidung zur Klage aus Klütz gibt, ist noch völlig offen.

Streit im Ostseebad

Die geplante Fusion sorgt auch in Boltenhagen erneut für Streit. Bürgermeister Olaf Claus und Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg werfen sich gegenseitig vor, falsche Informationen zu verbreiten. Das Innenministerium hatte angeordnet, dass Boltenhagen sich zum 1. Juli dem Amt Klützer Winkel anschließen soll. Nach Bürgerprotesten hatten die Gemeindevertreter beschlossen, die Anordnung aus Schwerin prüfen zu lassen.

Vergangene Woche Dienstag gab es dazu eine Anhörung vor dem Oberverwaltungsgericht in Greifswald. Dort hatte Claus den Vorschlag gemacht, die Anordnung bis zum 31. Dezember hinauszuzögern. „Dann", so Claus, „würde ich die Klage zurückziehen." In Schwerin gab es offenbar Gesprächsbereitschaft. Am Freitag dann jedoch die Kehrtwende. Das Innenministerium teilte per Fax mit, dass man 1. Juli festhalten wolle, „weil insbesondere die Gemeindevertretung am festgelegten Zeitpunkt festhalten" wolle.

Für Bürgermeister Olaf Claus eine „Riesensauerei". „Die Gemeindevertretung hat überhaupt nicht getagt. Das kann nur ein Herr Schmiedeberg erklärt haben." Nach Ansicht von Claus darf Schmiedeberg so eine Erklärung als Gemeindevorsteher nicht abgeben.

Schmiedeberg wirft dem Bürgermeister Rechtsbruch vor. „Der Bürgermeister hat überhaupt keine Kompromissvorschläge zu machen, sofern es die Angelegenheiten der Gemeinde betrifft. Ob es eine Terminverschiebung gibt, hat immerhin noch die Gemeindevertretung zu entscheiden."

S. Oldörp